Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 28 373
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Harald Laatsch (AfD)

vom 17. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. August 2021)

zum Thema:

Wohnungsneubau auf Basis von Erbbaurechtsverträgen

und **Antwort** vom 31. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Sep. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Harald Laatsch (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28373
vom 17. August 2021
über Wohnungsneubau auf Basis von Erbbaurechtsverträgen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Anfrage betrifft teilweise Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Um Ihnen ungeachtet dessen eine Antwort zukommen zu lassen, hat er die BIM Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) um Stellungnahme gebeten. Die dem Senat von dort übermittelten Sachverhalte wurden bei der Beantwortung berücksichtigt.

1. Wie viele Erbbaurechtsverträge hat das Land Berlin jeweils abgeschlossen mit Wohnungsbaugenossenschaften, nicht landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Bauherren?
2. Wie viele Erbbaurechtsverträge wurden im Rahmen des Wohnungsneubaus seit 2016 abgeschlossen?
3. Wie viele Wohneinheiten in welchem Marktsegment konnten im Rahmen des Erbbaurechts dem Wohnungsmarkt seit 2016 neu zugeführt werden? (Bitte nach Jahren aufgeschlüsselt).

Zu 1., 2. und 3.: Die zur Verwaltung der Erbbaurechtsverträge eingesetzte Software lässt eine Auswertung nach den gefragten Kriterien nicht zu. In der Zeit vom 01.01.2016 bis zum 31.07.2021 wurden insgesamt 52 Erbbaurechtsverträge geschlossen.

Berlin, den 31.08.2021

In Vertretung

Vera Junker
Senatsverwaltung für Finanzen